# **BEGRÜNDUNG zur Nichtdurchführung einer UVP**

### Grundlagen

Die Brunnert Biogas KG (Az.: 52.0002/24/8.6.3.2) beantragt die Änderung der Biogasanlage am Standort Talweg 2, 33129 Delbrück durch Erweiterung der Inputstoffe, Prozessoptimierung, Errichtung einer Separation, eines Lagerbehälters, eines Foliengasspeichers, sowie weiterer untergeordneter. Die sonstige Betriebsweise bleibt unverändert.

### 2) Antrag

Die Brunnert Biogas KG beantragt die Änderung der Anlage entsprechend den angegebenen Änderungen.

### 3) Zuständigkeit

Für die Entscheidung über den Antrag ist ist die Bezirksregierung Detmold zuständig.

Die Anlage ist den Ziffern 1.2.2.2, 8.6.3.2. 8.13 und 9.1.1.1 der 4. BImSchV zuzuordnen.

Für das Verfahren gilt die 9. BImSchV in Verbindung mit den VV GenVerf. BImSchG.

Die Anlage ist UVP-pflichtig nach 1.2.2.2, 8.4.2.1 und 9.1.1.2.

### 4) Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Biogasanlage ist im Sinne des § 4 Abs. 1 BImSchG eine Anlage, die auf Grund ihrer Beschaffenheit oder ihres Betriebes in besonderem Maße geeignet ist, schädliche Umwelteinwirkungen hervorzurufen oder in anderer Weise die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft zu gefährden, erheblich zu benachteiligen oder erheblich zu belästigen und bedarf deshalb einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung.

Die Eigenschaft der „besonderen Eignung zum Hervorrufen schädlicher Umwelteinwirkungen“ hat der Gesetzgeber Biogasanlagen in der beantragten Größe mit der Aufnahme in den Katalog der genehmigungsbedürftigen Anlagen der „Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen)“ zugeschrieben.

Die Anlagenart ist dort unter den oben genannten Nummern aufgeführt.

Da die Anlage unter Nr. 1.2.2.2, 8.4.2.1 und 9.1.1.2 der Anlage 1 des UVPG fällt und mit dem Buchstaben A gekennzeichnet ist, war für das Vorhaben nach § 9 UVPG durch eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls zu prüfen, ob für das Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Dies ist der Fall, wenn erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Dementsprechend wird geprüft, ob dies der Fall ist.

4) Standort der Anlage

Das Betriebsgrundstück, auf dem die eingangs genannte Anlage geändert werden soll, liegt im Bereich der Stadt Delbrück, die Anlage ist vorhanden und wird auf dem vorhandenen Betriebsgelände erweitert. Ausgleichsmaßnahmen werden benannt. ,

Relevante Auswirkungen auf die Umwelt (Schutzgüter) sind nicht zu erwarten.

### 5) Darstellung der Umweltauswirkungen

Die Kriterien werden anhand der Tabelle gemäß der Anlage 2 des UVPG geprüft.

Siehe Tabelle.

Die Anlage ist Bestand, insofern erfolgt die Prüfung lediglich im Hinblick auf die Änderung. Wesentliche umweltrelevante Auswirkung durch die Änderung sind nicht zu erkennen.

Im Antrag sind Angaben zur UVP-Vorprüfung vorhanden, welche aus Sicht der Behörde ausreichend genau den Tatbestand darstellen, und denen von hier gefolgt werden kann.

Die Änderung führt zu einer Änderung des Störfallpotentials, hier zu einer erstmaligen Überschreitung der Grenzen und somit zur erstmaligen Einstufung in das Störfallrecht., so dass hierzu eine weitergehende Prüfung erfolgt. Es ist dabei festzustellen, dass innerhalb des Achtungsabstands keine schutzwürdige Bebbauung oder Nutzung vorliegt..

### 6) Entscheidung

Da unter Berücksichtigung der in Anlage 2 des UVPG genannten Kriterien erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind, hat die Vorprüfung ergeben, dass für das Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.